

# Schweiz

## Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2011

Herausgegeben vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen

24 Mai 2012

Die Schweizerische Eidgenossenschaft mit ihren rund 7,9 Millionen Einwohnern ist eine konstitutionelle Republik mit föderaler Struktur. Die Legislative liegt bei dem aus zwei Kammern bestehenden Parlament (Bundesversammlung), das aus Ständerat und Nationalrat gebildet wird. Freie und faire Wahlen wurden sowohl kantonale als auch föderale und am 14. Dezember 2011 abgehalten. Das Parlament wählt die Regierung (sieben Mitglieder des Bundesrates) alle vier Jahre. Der Bundesrat bestand im Berichtsjahr aus einer Koalition von fünf Parteien. Insgesamt sind derzeit 12 politische Parteien in der Regierung vertreten. Die zivilen Behörden kontrollierten die Sicherheitskräfte.

Längere Haftstrafen und die Misshandlung von Asylsuchenden sowie die vereinzelte Diskriminierung von Roma und anderen Minderheiten waren zum Teil der Fall. Überdurchschnittliche Gewaltanwendung wurde bei einigen Ausschaffungen von Asylwerbern angewendet. Darüberhinaus wurden auch Fälle exzessiver Gewaltanwendung durch die Polizei bei Verhaftungen registriert.

Andere Menschenrechtsprobleme waren überfüllte Gefängnisse, teilweise eine übermässig lange Dauer der Untersuchungshaft, Fälle gesellschaftlicher Diskriminierung von Muslimen, antisemitische Vorfälle, Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel sowie einige wenige Anschuldigungen korrupter politischer Praktiken.

Die Regierung verfolgte und bestrafte nicht-rechtskonformes Verhalten im Sicherheitsapparat sowie in anderen staatlichen Institutionen.

### **ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE**

#### **Abschnitt 1: Achtung der Integrität des Menschen, einschliesslich Freiheit von:**

##### **a. Willkürlicher oder unrechtmässiger Beraubung des Lebens**

Es gab keine Berichte über politisch motivierte Tötungen durch die Regierung oder ihre Vertreter.

##### **b. Verschwinden**

Es gab keine Berichte über politisch motiviertes Verschwinden von Menschen.

##### **c. Folter und andere grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Bestrafung**

Die Verfassung verbietet solche Praktiken, wenngleich Berichte vorliegen, dass die Polizei hin und wieder exzessive Gewalt anwandte.

Ein am 25. Mai veröffentlichter Bericht des UN-Ausschusses gegen Folter (UNCAT) verwies auf Vorwürfe betreffend Übergriffen der Polizei gegen Ausländer unter Anwendung exzessiver Gewalt, insbesondere in Asylgewahrsamseinrichtungen und bei Abschiebungen. Der Ausschuss vermerkte, dass nur eine Minderheit der Beschwerden wegen Gewalt oder Fehlverhalten seitens der Polizei zu einer Strafverfolgung oder Anklage führten. Im Jahr 2010 wurden 62 Fälle von ungerechtfertigter polizeilicher Gewalt gemeldet; Statistiken für 2011 waren zum Zeitpunkt der Berichtsveröffentlichung nicht vorhanden. UNCAT legte der Regierung nahe, dass jeder Kanton eine unabhängige Behörde oder Person zur Aufklärung solcher Anschuldigungen einsetzen soll.

Um Befürchtungen des UN-Ausschusses gegen Folter (UNCAT) zu entgegnen hat die Regierung unabhängige Beobachter ausgewählt, welche die Ausschaffungen zu überwachen begannen. Am 1. Dezember gab die nationale Kommission zur Prävention von Folter (NKVF) ihren ersten Bericht über die Ausschaffungspraktiken heraus und veröffentlichte eine Anzahl von Vorschlägen um Abläufe zu verbessern, und um die Auszuschaffenden ausführlicher zu informieren. Darin forderte sie vermehrte medizinische Untersuchungen und besser ausgebildete Polizeieinheiten, welche mit dieser sensiblen Arbeit betraut werden. Die Regierung untersuchte und verfolgte eine Anzahl von angeblichen Misshandlungen durch Polizeikräfte.

Während des Jahres kritisierte Amnesty International erniedrigende Praktiken und die Anwendung von teils exzessiver Gewalt der Polizei vor und während den Zwangsausschaffungen. Am 24. Februar veröffentlichte die NKVF, welche von der Regierung im Mai 2010 eingesetzt wurde, ihren ersten Bericht. Die Kommission befand, dass die Betreuung der Gefangenen im Bereich der mentalen Gesundheit ungenügend war dies betraf insbesondere Personen in Einzelhaft. Sie fügte an, dass ausländische Personen, die auf ihre Ausschaffungshaft oft eine schroffere Behandlung erhielten als jene in Untersuchungshaft.

Am 1. Januar wurde ein Zusatzartikel über das Monitoring System für unter Zwang Ausgeschaffte im Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer in Kraft gesetzt. Die Regierung ergänzte den Zusatz um die Schweiz an EU- Gesetzgebung anzupassen. Der UN-Ausschuss gegen Folter drückte im Vorfeld seine Besorgnis aus, dass das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer potentiell gegen das Prinzip des nonrefoulement verstossen könnte.

Am 15. Juni kündigte das Bundesamt für Migration seine Pläne an unabhängige Beobachter zur Überwachung von Rückführungsflügen zuzulassen. Eine spezielle Ausbildung für die Beobachter war noch im Gange jedoch nahmen fünf unabhängige Beobachter ihren Dienst als Beobachter der Ausschaffungsflüge im August auf.

Am 7. Juli wurden Beamte der Polizei gefilmt als sie einen Nigerianer schlugen, der mittels eines speziellen Rückführungsfluges vom Flughafen Zürich nach Nigeria ausgeschafft werden sollte. Die Beamten gaben an, dass der Mann Widerstand geleistet habe als er in das Flugzeug getragen wurde und deshalb gebändigt wurde. Die Behörden des Kantons Zürich eröffneten eine Untersuchung um festzustellen ob die Polizei exzessive Gewalt angewendet hat. Die Untersuchungsbehörde und die Kantonsregierung kamen am 7. Oktober zu dem Schluss, dass die Anwendung der Gewalt gerechtfertigt war.

### **Bedingungen in Gefängnissen und Strafanstalten**

Die Bedingungen in den Gefängnissen und Strafanstalten entsprachen im Allgemeinen den internationalen Standards und die Regierung liess Kontrollbesuche unabhängiger

Menschenrechtsbeobachter zu.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik starben 13 Personen in Schweizer Gewahrsam zwischen November 2009 und November 2010. Davon waren sieben Suizide, die restlichen Fälle gelten als natürliche und ohne Fremdeinwirkung eingetretene Todesfälle.

Es gab 6,181 Personen in Gefängnissen und Haftanstalten (31% waren in Untersuchungshaft, 61% waren wegen Verbrechen verurteilt, 6% waren in Gewahrsam übereinstimmend mit dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und 2% für andere Gründe). Von der Gesamtzahl waren 347 Frauen (5.6%) und 39 waren Jugendliche (0.6%). In 2010 waren 1,894 Personen in Untersuchungshaft und 371 warteten auf ihre Ausschaffung, 5.4% davon waren Frauen. Obwohl in gewissen Gefängnissen und Haftanstalten Männer und Frauen untergebracht haben, wurde diesen stets getrennte Zellen, beziehungsweise Trakte zugeteilt. Jedoch waren die Anlagen in gewissen Fällen unangebracht. Die NKVF kritisierte das Ausschaffungszentrum in Granges für fehlende Anlagen für Jugendliche und Frauen.

Die Auslastungsquote Schweizer Haftanstalten belief sich während des Jahres auf 92.5%. Die Überbelegung der Gefängnisse stellte ein chronisches und gravierendes Problem in städtischen Gebieten dar, insbesondere im französisch sprachigen Teil des Landes. In 2010 belief sich die Auslastung der Haftanstalten in französisch sprachigen Kantonen auf 104.8% verglichen mit den 86% in den deutsch sprechenden Regionen. Das Genfer Gefängnis Champ-Dollon war die Institution, welche die höchste Auslastung in der Schweiz aufwies. Erbaut für eine maximale Belegung von 270 Insassen, wies die Haftanstalt eine Belegung bis zu 622 Insassen auf. In 2011, betrug die mittlere Auslastung 420 Insassen. Gemäss unabhängigen Beobachtern kritisierten Aufsichtspersonal und Insassen die mangelhaften Verhältnisse.

Gemäss den veröffentlichten Statistiken des Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartementes waren im Jahr 2010 34 Personen jünger als 17 Jahre in Untersuchungshaft. Weiters wurden 514 Insassen im Alter von 18 und 24 gezählt.

Gefangene und Häftlinge erhielten einen angemessenen Zugang zu Besuchern und es wurde ihnen ermöglicht ihre jeweilige Religion auszuüben. Es wurde ihnen erlaubt bei den Justizbehörden unzensurierte Beschwerden einzureichen und eine Untersuchung glaubwürdiger Vorwürfe betreffend menschenunwürdigen Haftbedingungen zu verlangen. Die Behörden gingen solchen Behauptungen nach. Es gab keine Ombudsperson auf nationaler Ebene, welche im Namen der Gefangenen und Häftlingen die Bedingungen und Umstände ihrer Haft hätte beanstanden können; eine Reihe von Kantonen haben jedoch kantonale Ombuds- und Mediationsstellen eingerichtet. Grössere Kantone mit einer höheren Bevölkerungsdichte bieten diese Dienstleistungen eher an als Kleinere und Ländlichere.

Alle Gefangenen hatten Zugang zu Trinkwasser. Obwohl die Bedingungen für weibliche Inhaftierte generell mit jenen von Männern vergleichbar waren, gab es doch Ausnahmen.

Die NKVF besuchte das Frauengefängnis Hindelbank in 2010 und kritisierte vehement die Haftbedingungen der Einzelhaft und beschrieb diese als unmenschlich sowie ungerechtfertigt von einem gesetzlich und medizinischen Standpunkt aus betrachtet. Zusätzliche Probleme beliefen sich auf das Fehlen von genügend Platz in einigen älteren Zellen. Das Strafgesetz schreibt, ohne Hinweis auf die erlaubte maximale Dauer, vor, dass die Polizeibehörden die Untersuchungshaft bei Jugendlichen so kurz wie möglich zu halten haben. Im konkreten Fall, ohne Anklage und ohne Haftbefehl, konnte die Polizei junge Straftäter für maximal 24 Stunden (48 Stunden an Wochenenden) festhalten.

Das Gesetz sieht des Weiteren vor, dass jugendliche Straftäter in Jugendgefängnissen oder separaten Gefängnisflügeln unterzubringen sind, wo sie erzieherische Unterstützung erhalten können; dies war jedoch oft nicht der Fall.

Am 24. Juli wurde ein neuer Gefängnistrakt im Genfer Gefängnis Champ-Dollon eröffnet, dieser kann nun zusätzlich 100 Gefangene mehr aufnehmen. Im Frühling 2011 stoppte die Regierung den Bau einer neuen Jugendstrafanstalt im Kanton Zurich wegen finanztechnischer Streitigkeiten.

Die Regierung erlaubte unabhängiges Monitoring der Gefängnisbedingungen durch lokale und internationale Menschenrechtsgruppen, die Medien und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Zusätzlich führte das Komitee zur Prävention von Folter des Europarates einen seiner regelmässigen Besuche in der Schweiz vom 10. bis zum 20. Oktober durch.

Am 18. Februar besuchte die NKVF das Untersuchungshaft Zentrum Grosshof im Kanton Luzern. Im Report vom 24. Februar waren die Inspektoren mit den Rahmenbedingungen zufrieden, kritisierten aber ungenügende Platzverhältnisse.

#### **d. Willkürliche Festnahme oder Inhaftierung**

Die Verfassung verbietet willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, und der Staat hielt sich im Allgemeinen an diese Verbote.

##### *Rolle der Polizei und des Sicherheitsapparats*

Die Zivilbehörden hatten die effektive Kontrolle über die Polizeibehörden, welche in erster Linie von den Kantonen in Koordination mit dem Bund organisiert und verwaltet werden. Zusätzlich zu seiner Koordinations- und Analysefunktion kann das Bundesamt für Polizei in Fällen von organisiertem Verbrechen, Geldwäsche und Korruption eigene Ermittlungen unter Aufsicht der Bundesanwaltschaft anstellen. Die Regierung verfügt über wirksame Mechanismen zur Untersuchung und Bestrafung von Missbrauchsfällen, wenngleich es in den vergangenen Jahren Anschuldigungen wegen Straflosigkeit gab.

##### *Vorgehen bei Verhaftung und Behandlung in Gewahrsam*

Nach dem Gesetz darf ein Tatverdächtiger nur aufgrund eines von einem bevollmächtigten Amtsträger ausgestellten Haftbefehls festgenommen werden, ausser im Falle einer spezifischen und unmittelbaren Gefahr, auf die die Polizei reagieren muss. In den meisten Fällen muss eine verdächtige Person binnen 24 Stunden nach der Festnahme einem Staatsanwalt oder einem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, welcher entweder formell Anklage erheben oder die Haftentlassung anordnen muss; Asylbewerber und Ausländer ohne gültige Papiere können jedoch bis zu 96 Stunden ohne Haftbefehl festgehalten werden. Es existierte ein funktionierendes Kautionswesen, und die Gerichte gewährten Entlassung gegen persönliche Sicherheitsleistungen oder Kautionsleistung, es sei denn, der Richter war der Überzeugung, dass von der verdächtigen Person Gefahr ausgeht oder Fluchtgefahr besteht. Einer verdächtigten Person kann im Moment der Verhaftung der Rechtsbeistand verweigert werden; sie hat jedoch das Recht, einen Anwalt zu wählen und zu kontaktieren, bevor formell Anklage erhoben wird. Der Staat gewährt mittellosen Personen, die eines Vergehens angeklagt sind das mit einer Gefängnisstrafe sanktioniert werden kann, kostenlosen Rechtsbeistand. Der Kontakt mit Familienangehörigen kann eingeschränkt werden, um zu verhindern dass Beweise manipuliert werden, aber die Strafverfolgungsbehörden müssen nahe Verwandte umgehend über die

Inhaftierung informieren.

In einigen Fällen war eine übermässig lange Untersuchungshaft ein Problem. Im Jahr 2010 befanden sich etwa 30 Prozent aller Inhaftierten in Untersuchungshaft. Jede längere Untersuchungshaft muss regelmässig von höheren juristischen Instanzen überprüft werden. Das Bundesgericht hat angeordnet, dass die Untersuchungshaft die Länge des zu erwartenden Urteils für die Straftat, die einem Verdächtigen vorgeworfen wird, nicht überschreiten darf.

### **e. Verweigerung eines fairen öffentlichen Prozesses**

Die Verfassung sieht eine unabhängige Justiz vor, und der Staat respektierte diese Bestimmung in der Praxis im Allgemeinen.

#### *Verfahrensbestimmungen*

Die Verfassung schreibt das Recht auf ein faires Verfahren vor, und die unabhängige Justiz setzte dieses Recht im Allgemeinen durch.

Für Angeklagte gilt die Unschuldsvermutung. Gerichtsverfahren sind öffentlich. Geschworenengerichte werden nur in den schwerwiegendsten Fällen, einschliesslich bei Mord, eingesetzt. Angeklagte haben das Recht am Verfahren teilzunehmen und rechtzeitig einen Rechtsanwalt hinzuzuziehen. Personen, die eines schweren Verbrechens angeklagt sind, steht auf Staatskosten ein Rechtsanwalt bei. Angeklagte haben das Recht Zeugen zu befragen und Entlastungszeugen oder –material vorzubringen. Sie haben das Recht das Urteil anzufechten, letztinstanzlich bis zum Bundesgericht. Diese Rechte wurden von den Behörden im Allgemeinen respektiert und auf alle Bürger angewendet.

Zivilisten, welche angeklagt wurden militärische Geheimnisse, zum Beispiel klassifizierte militärische Dokumente, enthüllt zu haben, können vor einem Militärgericht verurteilt werden. Es gab keine Berichterstattungen von Zivilisten, welche während dem Jahr von einem Militärgericht verurteilt wurden.

#### *Politische Gefangene und Inhaftierte*

Es gab keine Berichte über politische Gefangene und Inhaftierte.

#### *Regionale Entscheidungen von Menschenrechtsgerichten*

Personen konnten sich im Falle von angeblichen Verstössen gegen die Europäischen Konvention für Menschenrechte der Schweiz an den Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wenden. Die Schweizer Regierung hat die Gerichtsurteile des EGMR eingehalten. Der EGMR gab ein zweites Urteil betreffend dem Fall Emre v. Schweiz am 18. Oktober heraus. Emre beschwerte sich betreffend einer früheren Entscheidung beim Bundesgericht, da es ihm für die Frist von zehn Jahren verweigert blieb in die Schweiz einzureisen.

Er argumentierte, dass das Gerichtsurteil, welches die Ausweisung für eine undefinierte Zeit mit einem zehn jährigen Einreiseverbot ersetzte, ungerechtfertigt war. Der EGMR entschied zu Gunsten Emres und befand, dass diese Ausweisung zu harsch war und ordnete an dass die Schweizer Behörden eine Entschädigung von 5'000 Euro (\$6'873) zu bezahlen habe.

## *Zivilrechtliche Verfahren und Rechtsbehelfe*

Es gibt ein unabhängiges und unparteiisches Justizwesen für zivilrechtliche Angelegenheiten. Bürger können an ein Gericht gelangen und Zivilprozesse anstrengen um Schadensersatz oder die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen einzufordern. Nach Erschöpfung des Rechtsweges können die Bürger auch an dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage erheben.

### **f. Willkürlichen Eingriffe in die Privatsphäre, Familie, Wohnung, oder den Schriftverkehr**

Die Verfassung verbietet solche Eingriffe, und diese Verbote wurden von der Regierung in der Regel respektiert.

## **Abschnitt 2: Achtung bürgerlicher Freiheiten, einschliesslich:**

### **a. Meinungs- und Pressefreiheit**

#### **Status der Meinungs- und Pressefreiheit**

Die Verfassung garantiert Meinungs- und Pressefreiheit und diese wurde von der Regierung im Allgemeinen geachtet. Eine unabhängige Presse, ein wirksames Justizwesen und ein funktionierendes, demokratisches politisches System gewährleisten im Verbund die Meinungs- und Pressefreiheit.

Meinungsfreiheit: Das Gesetz bestraft öffentliche Anstiftung zu Rassenhass oder Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer Ideologien, sowie die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Verlauf des Jahres kam es zu einer Verurteilung unter Anwendung dieses Gesetzes. Am 27. April bestätigte das Bundesgericht die Verurteilung eines Schweizer Politikers wegen Rassendiskriminierung. Das Individuum rief die Regierung öffentlich auf Muslimen die Einbürgerung zu verbieten. Er wurde wegen Verstosses gegen das Gesetz über Verhinderung von Rassismus schuldig befunden und mit CHF 5'400 (USD 6'100) bestraft.

#### *Pressefreiheit*

Gemäss Bundesgesetz ist es strafbar, "geheime offizielle Gespräche" zu veröffentlichen. Es gab während des Jahres eine Anzahl von Untersuchungen wegen Verstössen gegen das amtliche Geheimhaltungsgesetz, jedoch kam es bis zum Jahresende zu keiner Verurteilung wegen eines solchen Vorstosses.

#### *Freiheit im Internet*

Der Zugang zum Internet wurde von der Regierung in keiner Weise eingeschränkt und es gab auch keine Berichte wonach die Regierung Emails oder Internet Chatrooms kontrolliert hätte.

#### *Akademische Freiheit und kulturelle Veranstaltungen*

Akademische Freiheit oder das Recht kulturelle Veranstaltungen abzuhalten wurden von der Regierung in keiner Weise eingeschränkt.

### **a. Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung**

Die Verfassung garantiert die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, und diese Rechte wurden von der Regierung im Allgemeinen respektiert.

## **b. Religionsfreiheit**

Eine vollständige Beschreibung der Religionsfreiheit entnehmen Sie bitte dem International Religious Freedom Report 2011 unter [www.stage.gov/g/drl/irf/rpt](http://www.stage.gov/g/drl/irf/rpt).

## **c. Freizügigkeit, Binnenvertriebene, Schutz von Flüchtlingen und Staatenlose**

Die Verfassung sieht Freizügigkeit im Land, in Bezug auf Auslandsreisen, Auswanderung und Rückführung vor, und der Staat respektierte diese Rechte in der Praxis im Allgemeinen. Die Regierung arbeitete mit dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen humanitären Organisationen zusammen um Binnenvertriebenen, Flüchtlingen, Asylbewerbern, Staatenlosen und anderen Betroffenen Schutz und Unterstützung zukommen zu lassen.

### *Schutz von Flüchtlingen*

Anschluss zum Asylwesen: Die Landesgesetze sehen die Erteilung des Asyl- oder Flüchtlingsstatus vor, und die Regierung hat ein System zum Schutz von Flüchtlingen eingerichtet. Seit Dezember betrug die Anzahl der temporär zugelassenen Personen aus Drittstaaten 23'310. Von diesen wurde 839 Asyl als Flüchtlinge für mehr als sieben Jahre gewährt; 3,063 wurde Asyl als Flüchtlinge für weniger als sieben Jahre gewährt; 9'353 wurden temporär für mehr als sieben Jahre (ohne Asyl Status) zugelassen; und 10'055 wurden temporär für weniger als sieben Jahre (ohne Asyl Status) zugelassen.

Verfolgungssichere Herkunfts-/Transitländer: Das Bundesamt für Migration verliess sich auf eine Liste von verfolgungssicheren Staaten ("safe countries") und ging auf Asylgesuche von vermeintlichen Flüchtlingen, die aus diesen Ländern stammten oder dort durchgereist waren, in der Regel nicht ein. NGOs kritisierten die Aufnahme einiger Länder Osteuropas und Afrikas in die Liste, die sie als nicht ausreichend stabil erachteten um eine automatische Zurückweisung zu rechtfertigen.

Nicht-Zurückweisung: In der Praxis bot der Staat Schutz vor Ausweisung oder Rückführung von Flüchtlingen in Länder, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Ansichten in Gefahr wäre. Am 26. Januar begann das Bundesamt für Migration auf einer Fall zu Fall Basis zu evaluieren Individuen nach/via Griechenland zu repatriieren und begann, aufgrund der schlechten und überfüllten Verhältnisse in Griechenlands Auffanglager, davon abzusehen dies zu tun. Am 16. August hat das Bundesgericht einen endgültigen „Stop“ für solche Repatriierungen veranlasst.

Asyl Missbrauch: Die Regierung verlangte von Asylbewerbern innerhalb von 48 Stunden nach ihrem Asylantrag Dokumente vorzuweisen, die Ihre Identität belegen, und die Behörden lehnten es ab, auf Gesuche von Asylbewerbern einzutreten, welche das Fehlen von gültigen Ausweispapieren nicht begründen oder eine Verfolgung nicht mittels Beweis belegen konnten. Die Behörden konnten auch abgelehnte Bewerber bis zu drei Monaten in Haft nehmen um ihre Abreise sicherzustellen oder bis zu 18 Monaten, wenn die Repatriierung besondere Schwierigkeiten bereitete. Minderjährige zwischen 15 und 18 Jahren konnten bis zu 12 Monaten bei schwebender Repatriierung in Haft bleiben. Im Allgemeinen wiesen die Behörden

Asylbewerber an, freiwillig auszureisen. In Fällen wo sie sich weigerten freiwillig auszureisen, konnten sie zwangsweise repatriiert werden.

Amnesty International und andere NGOs, die mit Flüchtlingen zusammenarbeiten beschwerten sich weiterhin darüber, dass inhaftierten Asylbewerbern häufig eine Prozessvertretung bei ihrem Abschiebungsverfahren verweigert wurde, da es ihnen an finanziellen Mitteln für einen Rechtsbeistand mangelte. Die Behörden stellten nur bei schwerwiegenden Vergehen einen kostenlosen Rechtsbeistand. Die Abschiebung von Asylbewerbern galt eher als administrativer denn als rechtlicher Prozess.

Am 3. Februar organisierte Amnesty International mit verschiedenen lokal operierenden NGOs eine Kampagne um sich für bessere allgemeine Betreuung von Asylbewerbern einzusetzen. Die Kampagne endete am 20. Oktober.

Am 31. August haben Presseberichte aufgedeckt, dass das Bundesamt für Migration absichtlich ignoriert hatte bis zu 10'000 Asylanfragen von Irakischen Staatsbürgern zu bearbeiten, welche zwischen 2006 und 2008 bei Schweizer Botschaften in Ägypten und Syrien eingereicht wurden. Eine laufende unabhängige Untersuchung, welche durch das Justizministerium veranlasst wurde, führte zur Entlassung des Direktors des Bundesamtes für Migration.

Die 2010 Referendumspassage zur automatischen Ausschaffung von Ausländern, verurteilt wegen schwerwiegenden Verbrechen, wurde gesetzlich noch nicht in Kraft gesetzt obwohl eine Arbeitsgruppe, welche im 2010 gebildet wurde, am 28. Juni einen Vorschlag für einen Gesetzesentwurf zur öffentlichen Begutachtung unterbreitete welcher mit einer ersten Nachprüfung durch das Parlament anfangs 2012 einherging.

Temporärer Schutz: Am Jahresende hatte die Regierung 3'070 Individuen temporären Schutz geboten, 2'159 davon waren noch nicht als Flüchtlinge qualifiziert.

### **Abschnitt 3: Achtung der politischen Rechte: Das Recht der Bürger auf Herbeiführung eines Regierungswechsels**

Die Verfassung gibt Bürgern das Recht auf friedliche Weise einen Regierungswechsel herbeizuführen, und die Bürger machten von diesem Recht in der Praxis in regelmässigen Abständen durch freie, faire und allgemeine Wahlen Gebrauch.

#### *Wahlen und politische Beteiligung*

Kürzlich abgehaltene Wahlen: Am 23. Oktober wählten die Bürger in fairen und freien Wahlen eine neue Bundesversammlung. Am 14. Dezember wählte die neugewählte Bundesversammlung den siebenköpfigen Bundesrat.

Beteiligung von Frauen und Minderheiten: Während des Jahres gab es im Nationalrat mit 200 Sitzen 51 Frauen und im Ständerat mit 46 Sitzen acht. Während den Bundesratswahlen vom 14. Dezember wurden drei weibliche Bundesräte sowie eine weibliche Bundeskanzlerin gewählt.

### **Abschnitt 4: Korruption in Behörden und Transparenz der Regierung**

Das Gesetz sieht im Falle von behördlicher Korruption gesetzliche Strafen vor, und die Regierung setzte die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen im Allgemeinen effektiv um. Während des Jahres gab es vereinzelte Berichte über staatliche Korruption.

Vor den Parlamentswahlen vom 23. Oktober, wurde in den Medien und von internationalen Beobachtern sehr viel über das Fehlen einer Regelung der Finanzierung von Eidgenössischen Wahl-Kampagnen diskutiert. Das globale Netzwerk Transparency International kam während des Jahres zum Schluss, dass die Finanzierungspraktiken für politische Parteien undurchsichtig geblieben sind. Am 14. Juli äusserte die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) des Europarates Besorgnis über die eingeschränkte Transparenz von Partei Finanzierung. Die Schweiz besass keinen gesetzlichen Rahmen zur Regelung der Finanzierung von politischen Parteien was Raum für Regierungskorruption oder Begünstigung liess. Obwohl Beobachter der OSZE undurchsichtige Praktiken bei Parteifinanzierung während den Parlamentswahlen kritisierten, haben sie keine spezifischen Fälle genannt.

Mitglieder der Bundesversammlung müssen jedes Jahr ihre finanziellen Interessen, beruflichen Tätigkeiten, etwaige Mitgliedschaft in Aufsichtsräten oder Vorständen und Tätigkeiten als Fachleute und Berater offen legen. Die Untersuchung und Verfolgung von staatlicher Korruption liegt im Verantwortungsbereich der eidgenössischen Behörden. Eine Grosszahl der Kantone verlangt auch von den Mitgliedern der Kantonsparlamente die Offenlegung ihrer Interessen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe, der Vertreter verschiedenster Bundesbehörden angehören, arbeitete unter der Leitung des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten an der Bekämpfung von Korruption. Seit Januar hat die Eidgenössische Finanzkontrolle ein Ombudsbüro geschaffen um Regierungsangestellten eine sichere und vertrauliche Möglichkeit zum Rapportieren von behördlicher Korruption zu bieten. Privatpersonen und Bundesangestellte konnten persönliche oder anonyme Informationen, welche mit dem Bundes Personal Akt (seit Januar in Kraft) übereinstimmen, unterbreiten um Dienstpflichtverletzungen zu melden.

Die Verfassung schreibt vor, dass die Regierung die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeiten informiert, und Regierungsinformationen waren allen im Lande lebenden Personen, einschliesslich ausländischen Medien frei zugänglich. Ein Transparenzgesetz regelt den öffentlichen Zugang zu Regierungsdokumenten.

#### **Abschnitt 5: Haltung der Regierung zu Untersuchungen mutmasslicher Menschenrechtsverletzungen durch internationale Gremien oder Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)**

Eine Vielzahl nationaler und internationaler Menschenrechtsgruppen unterlag im Allgemeinen weder bei ihren Nachforschungen noch bei der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse staatlichen Einschränkungen. Regierungsvertreter waren sehr kooperativ und ihren Ansichten gegenüber aufgeschlossen.

Menschenrechtsgremium: Am 5. Mai gründeten das Eidgenössische Aussenministerium und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein Schweizer Kompetenz Zentrum für Menschenrechte (SKMR). Das SKMR ist ein Netzwerk von Universitäten und Menschenrechtsexperten, die verantwortlich sind nationale Menschenrechtskapazitäten zu stärken und zu unterstützen sowie die Lücke zwischen eidgenössischen und kantonalen Autoritäten in Bezug auf Menschenrechts Angelegenheiten zu überbrücken. Das SKMR ist auf der Basis von sechs Themenbereichen organisiert: Migration, Polizei und Justiz, Geschlechterpolitik, Kind und Jugendpolitik, Institutionelle Angelegenheiten und Menschenrechte und Wirtschaft. Es führte

Trainings Programme durch und bot fortlaufend Information über bewehrte Methoden und Ansätze im Menschenrechtsbereich an. Da das SKMR erst im Sommer seinen Betrieb aufnahm, war eine zuverlässige Bewertung über dessen Effektivität oder Unabhängigkeit zu Jahresende noch nicht möglich.

### **Abschnitt 6: Diskriminierung, Misshandlung durch die Gesellschaft und Menschenhandel**

Die Verfassung verbietet die Diskriminierung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Behinderung, Sprache oder sozialem Status. Die Regierung setzte diese Verbote im Allgemeinen wirksam durch.

#### *Frauen*

Vergewaltigung und häusliche Gewalt: Vergewaltigung, auch innerhalb der Ehe, ist eine strafbare Handlung, und die Strafverfolgungsbehörden haben Personen, die solcher Vergehen beschuldigt wurden, effektiv verfolgt. Im Jahr 2011 registrierte die Polizei 184 Fälle von Vergewaltigung (gegenüber 543 im Jahr 2010 und 666 in 2009). 80 Prozent der Fälle wurden vollständig aufgeklärt.

Gewalt gegen Frauen war ein bekanntes Problem. Im Jahre 2010 wurden 19 Frauen und sieben Männer bei Gewalthandlungen im häuslichen Bereich getötet. Häusliche Gewalt ist eine Straftat. Ein Gericht kann einen gewalttätigen Ehepartner als vorübergehende Massnahme der ehelichen Wohnung verweisen. Stalking ist ebenfalls ein kriminelles Vergehen. Opfer von häuslicher Gewalt konnten Hilfe, Betreuung und rechtliche Beratung von speziellen staatlichen Opferberatungsstellen und NGOs oder von fast einem Dutzend Hotlines beanspruchen, welche privat bzw. von Gemeinde-, Kantons- und Bundesbehörden finanziert wurden. 17 Frauenhäuser wurden 2010 offiziell betrieben. Die Auslastungsquote lag im Durchschnitt bei 80 Prozent. Das dem Eidgenössischen Departement des Innern angegliederte Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann verfügt über eine spezielle Einheit, welche sich intensiv mit häuslicher Gewalt beschäftigt. Die meisten kantonalen Polizeikräfte haben speziell ausgebildete Einheiten gegen häusliche Gewalt. Eine Mehrzahl der Kantone besitzt auch spezielle Verwaltungseinheiten, die die Aktivitäten der Strafverfolgungsbehörden, der Staatsanwälte und Opferhilfegruppen koordiniert.

Zwangsehen sind illegal, Berichten zufolge kamen solche Praktiken jedoch noch vor. Vorwiegend in unterprivilegierten Immigrantenfamilien, was die Aufdeckung und Strafverfolgung erschwerte. Das genaue Ausmass war nicht bekannt.

Sexuelle Belästigung: Das Gesetz verbietet sexuelle Belästigung und ermöglicht Zugang zu gesetzlichen Mitteln für jene Personen, die sich einer Diskriminierung oder Belästigung am Arbeitsplatz ausgesetzt sehen; jedoch ist ein spezieller gesetzlicher Schutz gegen die Kündigung eines Klägers zeitlich befristet. Arbeitgeber, die es unterlassen, zumutbare Massnahmen zur Verhinderung sexueller Belästigung zu ergreifen, sind in Höhe von bis zu sechs Monatsgehältern schadensersatzpflichtig.

Paare und Einzelpersonen haben das Recht, frei und in Eigenverantwortung zu entscheiden, in welchem Abstand und wie viele Kinder sie haben wollen, und sich Zugang zu Informationen und Mitteln zu verschaffen, um dieses Recht frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt auszuüben. Gesundheitskliniken und lokale, im Gesundheitswesen tätige NGOs konnten uneingeschränkt Informationen zur Familienplanung verbreiten. Verhütungsmittel waren frei zugänglich und wurden verbreitet genutzt. Die obligatorische Grund-Krankenversicherung trug

die Kosten der Regeluntersuchungen während der Schwangerschaft sowie die Kosten der Geburt. Laut Schätzungen internationaler Organisationen kamen im Jahr 2010 etwa fünf Todesfälle von Müttern auf 100.000 Lebendgeburten. Bei Frauen wurden sexuell übertragbare Infektionen, auch HIV, ebenso diagnostiziert und behandelt wie bei Männern. Es gab keine rechtlichen, sozialen, kulturellen oder andere Hindernisse für den Zugang zu solchen Diensten.

Diskriminierung: Frauen geniessen verfassungsgemäss dieselben Rechte wie Männer, einschliesslich im Familienrecht, Eigentumsrecht, und im Rechtssystem; dennoch behaupteten unabhängige Beobachter, dass einige Gesetze, so wie diese von den Gerichten interpretiert werden, diskriminierend sind. So hat beispielsweise das Bundesgericht entschieden, dass der Hauptverdiener bei einer Scheidung mit ausreichend Einkommen versehen werden muss, um über der Armutsgrenze zu bleiben. Da der Hauptverdiener in den meisten Ehen der Mann ist, konnten die Ehefrau und die Kinder gezwungen werden, auf Sozialhilfe zurückzugreifen, wenn das Haushaltseinkommen zu gering war, um beide Parteien zu unterhalten.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und die Eidgenössische Kommission für Frauen machten es sich zur Aufgabe, sowohl die direkte als auch die indirekte Geschlechterdiskriminierung abzuschaffen. Viele Kantone und einige Grossstädte unterhalten Gleichstellungsämter, um die Probleme im Zusammenhang mit der geschlechtlichen Diskriminierung zu lösen.

Die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz ist verboten, doch erledigten Frauen unverhältnismässig viele Arbeiten in niedrigerer Verantwortungsebene und hatten weniger Führungsfunktionen inne als Männer. Frauen wurden weniger häufig befördert als Männer, und waren seltener Inhaberinnen oder Geschäftsführerinnen eines Unternehmens.

Nach der Verfassung haben Frauen und Männer Anspruch auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, jedoch lag das Bruttogehalt von Frauen im Jahr 2010 durchschnittlich bei 5.040 CHF während jenes der Männer im Durchschnitt 6.248 CHF betrug.

Laut einer Studie des Bundesamtes für Statistik, veröffentlicht 2010 war das Bruttogehalt von Frauen im Privatsektor um mehr als 19 Prozent niedriger als das von Männern. Im öffentlichen Sektor verdienten Frauen durchschnittlich 15.5 Prozent weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Im März 2009 lancierte die Regierung eine Fünfjahreskampagne in der Regierung, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften die Unternehmen auffordern, ihre Gehaltssysteme zu überarbeiten und die Lohnschere zwischen Frauen und Männern zu eliminieren.

### *Kinder*

Geburtenregistrierung: Die Schweizer Staatsangehörigkeit wird in der Regel durch Geburt von den Eltern übertragen und kann auch von einem einzelnen Elternteil übertragen werden. Alle Neugeborenen werden im Idealfall sofort staatlich registriert. Sofern eine verspätete Meldung der Geburt zum Beispiel im Falle einer Hausgeburt erfolgt müssen die Eltern jedoch nicht mit Strafmassnahmen rechnen.

Kindesmissbrauch: Kindesmissbrauch war ein Problem. 2010 gab es 1.723 gemeldete Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder und es kam zu 319 Verurteilungen. In den meisten Fällen handelte es sich bei den Opfern um, Mädchen unter 18 Jahren und die meisten Übergriffe fanden in der Familie oder im unmittelbaren sozialen Umfeld statt.

Schadende traditionelle Praktiken: Die weibliche Genitalverstümmelung (FGM) ist illegal, es liegen aber Berichte vor, dass diese in der Praxis in limitierten Zahlen vorkommt. Am 14. September stimmten sowohl der Schweizer Nationalrat als auch der Ständerat FGM mit Haftstrafen bis zu 10 Jahren Gefängnis zu bestrafen.

Sexuelle Ausbeutung von Kindern: Die Herstellung, der Besitz, die Verbreitung und das Herunterladen vom Internet von Kinderpornographie sind verboten und werden mit hohen Geldbussen oder bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft. Mit wenigen Ausnahmen beträgt das gesetzliche Mindestalter für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr 16 Jahre. Unzucht mit Minderjährigen wird mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft.

Das Gesetz verbietet die Prostitution von 16- und 17-jährigen Jugendlichen nicht unter allen Umständen, was diese Kinder einer potentiellen Anfälligkeit aussetzt Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung zu werden.

Am 18. August wurde die Revision des Strafrechts verlautbart. Demnach sollen nun Freier von minderjährigen Prostituierten gesetzlich verfolgt und bestraft werden.

Unbegleitete Minderjährige: Im Laufe des Jahres äusserten mehrere NGOs Besorgnis über Berichte von Hunderten von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen, welche jährlich ins Land einreisten und nach der Einreise aus dem System der staatlichen Fürsorge verschwanden. Die Behörden entgegneten, dass es im Verlauf des Jahres nur ein paar vereinzelte Fälle von vermissten unbegleiteten Minderjährigen gab. Aktuelle Statistiken zu diesem Thema waren nicht verfügbar und Zahlen divergierten teils gravierend. Den Aussagen von offiziellen Stellen zu trotz betonten einige NGO's nach wie vor, dass es sich um ein ernstzunehmendes Problem handelt, und die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger ungenügend sei.

Internationale Kindesentführung: Informationen über internationale Kindesentführung finden sie im Jahresbericht des US-Aussenministeriums zur *Einhaltung des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung* unter [http://travel.state.gov/abduction/resources/congressreport/congressreport\\_4308.html](http://travel.state.gov/abduction/resources/congressreport/congressreport_4308.html)

### *Antisemitismus*

Gemäss der Volkszählung des Jahres 2000 (den jüngsten verfügbaren offiziellen Angaben) waren 17'914 Personen Mitglieder jüdischer Gemeinschaften, was einem Bevölkerungsanteil von 0,24 Prozent entspricht.

Die grössten jüdischen Gemeinden befanden sich 2010 in Zürich, Bern und Genf.

Im Jahre 2010 wurden 104 antisemitische Vorfälle im westlichen, französischsprachigen Teil des Landes verzeichnet. Fünf davon waren schwer zu gewichten. Die in Genf ansässige Coordination Intercommunautaire Contre l'Antisémitisme et la Diffamation (CICAD) sowie die Jüdischen Gemeinden verzeichneten 2010, 34 anti-semitische Vorfälle in den deutsch und italienisch sprachigen Regionen des Landes. Der Gemeindebund vermerkte in seinem Jahresbericht, dass schwerwiegende Vorfälle wie gewalttätige Übergriffe auf Juden und die Leugnung des Holocausts in der Schweiz eher selten waren.

Das Schweizer Gesetz bestraft die öffentliche Anstiftung zu Rassenhass oder Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer Ideologien, sowie die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Am 1. Juli verbreitete die rechtsradikale Gruppe Geneve- Non-Conforme (GNC) Poster in der Stadt Genf auf welchen eine mit einer Kippah und der Flagge Israels bekleidete Puppe durchbohrt von einem Pfeil, tot am Boden liegend abgebildet war. Die Poster wurden von der breiten Öffentlichkeit verurteilt.

Am 23. Februar wurde der Assistent des Rabbis von Lausanne von drei jungen Männern attackiert. Die Gruppe näherte sich dem Mann und einer der Jugendlichen fragte ihn ob er Jude sei. Als der Assistent bejahte beschimpften die drei ihn als „Drecks- Jude“ und schlugen auf ihn ein. Zwei Angreifer wurden von der Polizei verhaftet, der Dritte wurde aufgrund mangelnder Beweislast laufen gelassen. Nachdem es sich bei allen drei Angreifern um Jugendliche handelte, wurden diese nach geltendem Jugendstrafrecht bestraft. Informationen zur Dauer und zur Höhe der Strafen lagen nicht vor.

### *Menschenhandel*

Informationen zum Menschenhandel finden Sie im jährlichen *Trafficking in Persons Report* des US-Aussenministeriums unter <http://www.state.gov/j/tip/>

### *Personen mit Behinderungen*

Die Verfassung und das Bundesgesetz verbieten die Diskriminierung von Menschen mit körperlichen, sensorischen oder geistigen Behinderungen am Arbeitsplatz, im Bildungswesen, beim Zugang zur Gesundheitsfürsorge und zu anderen staatlichen Leistungen, und der Staat setzte diese Bestimmungen wirksam um. Das Gesetz schreibt den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und staatlichen Ämtern für Personen mit Behinderungen vor, und im Allgemeinen hat die Regierung diese Bestimmungen in die Praxis umgesetzt.

Die Bundesstelle für Chancengleichheit für behinderte Personen förderte das Bewusstsein für das Gesetz und die Achtung der Rechte von Behinderten durch Beratung und finanzielle Unterstützung für Projekte, um ihre Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Im Oktober des Jahres kritisierte der Behindertenverband Pläne neuer Doppelstockzüge welche ab 2013 auf Schweizer Strecken im Einsatz sein sollen. Der Verband vermerkte dass Personen in Rollstühlen Schwierigkeiten hätten in die Züge zu gelangen. Darüberhinaus würden die neuen Züge auch nicht den Standards entsprechend dem Behinderten Gesetz entsprechen. Der Verband wendete sich mit dem Fall an das Bundesgericht.

### *Nationale/ ethnische Minderheiten*

Rechtsgerichtete Extremisten, einschliesslich Skinheads, welche sich feindlich gegen Ausländer, gegen ethnische und religiöse Minderheiten, und gegen Immigranten äusserten, waren weiterhin öffentlich aktiv. Die Polizei schätzte, dass ihre Anzahl konstant bei ungefähr 1'200 geblieben ist.

Nach Angaben der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus kam es während des Jahres 2010 zu 178 gegen Ausländer oder ethnische Minderheiten gerichtete Vorfälle, 2009 belief sich diese Zahl auf 112. Erfasst wurden auch verbale oder schriftliche Angriffe, welche viel häufiger waren als physische Tätlichkeiten. Nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative durch das

Schweizer Volk im November 2010, besetzten und in weiterer Folge beschädigten politisch linksgerichtete Gruppen die Parteizentrale der konservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP). Einige Randalierer wurden verhaftet und ihre Delikte zur Anzeige gebracht.

Am 16. Juni veröffentlichte die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus einen Bericht, Vorfälle ethnischer Diskriminierung in 2010 analysiert wurden. Gemäss dem Bericht traten eine erhebliche Anzahl an Fällen von Rassismus in Verbindung mit gesellschaftspolitischen Ereignissen, wie der Antiminaretinitiative oder durch Spannungen in der Beziehung zwischen der Schweiz und Deutschland in Erscheinung. Die meisten Opfer rassistischer Diskriminierung stammten aus Sub-Sahara Afrika, ein bedeutender Teil betraf Schweizer Bürger.

2010 verzeichnete ein Netzwerk bestehend aus sieben Beratungsstellen, inklusive der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, 230 Fälle von Rassendiskriminierung. In der ersten Hälfte des Jahres 2011 registrierte die Gesellschaft gegen Rassismus und Antisemitismus 51 Fälle.

Während des Berichtjahres waren vor allem vier Hauptgruppen für die Verbreitung rassistischer Ideologie und anti-semitischer Rhetorik verantwortlich: Geneve Non Conforme, Die Europäische Aktion, die Lega dei Ticinesi und die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS).

Im Dezember 2010 wurde ein aus Afrika stammender Mann von fünf Männern in der der Basler Straßenbahn tätlich angegriffen. Die Angreifer gossen Bier über ihr Opfer und beschimpften es. Als dieses sodann die Flucht ergreifen wollte, schlugen die Gewalttäter den Mann nieder. In Folge dessen, wurde das Gesicht des Mannes schwer verletzt, und er musste sich in ärztliche Behandlung begeben. Über eine Verhaftung der Täter lagen keine Informationen vor.

Am 22 April, hielt PNOS ihre jährliche Parteiversammlung in Bern ab. Inzugesessen wurde auch die Kandidatur der Partei bei nationalen Wahlen verlautbart. Die Parteispitze gründete eine Plattform auf welcher für die Abschaffung von Einbürgerungen und von Antidiskriminierungsgesetzen geworben wird. Des Weiteren setzten sie sich für den Ausstieg aus ICERD ein.

Am 24 Juni veranstalteten Rechtsextreme Gruppen ein Fest in Neuenburg. An der Veranstaltung nahmen extremistische Gruppen aus der Umgebung teil sowie die Artam Bruderschaft aus dem benachbarten Frankreich. Auf Pressephotos waren einzelne Gäste zu sehen welche mit dem „Hitler –Gruss“ salutierten.

Die Jenischen werden von der Regierung als Minderheit anerkannt. Wenngleich die grosse Mehrheit der 30'000 – 35'000 Jenischen im Land sesshaft geworden ist, berichtete das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma (ERRC), dass Vertreter der mehreren Tausend Fahrenden die Regierung ermahnt hatten, ihre Versprechen zu erfüllen, neue Campingplätze und Standplätze zu schaffen. Der Mangel an geeigneten Campingeinrichtungen und Durchgangsplätzen zwang Berichten zufolge viele Jenische zur rechtswidrigen Besetzung von Land. Die Bundesregierung gab 750'000 Schweizer Franken (USD 800'000) für Massnahmen und Projekte in den Jahren 2007 – 2011 frei, mit denen die Lebensbedingungen der Jenischen verbessert werden sollen.

Die Roma Gesellschaft, ansässig in Zürich, schätzte 2010 die Anzahl der in der Schweiz aufhaltigen Roma auf 50.000. Im selben Jahr artikulierte die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus Bedenken über zunehmende Roma Feindlichkeit im Land, und forderte einzelne

Kantone und Gemeinden auf neue Camping- und Raststätten für Roma zu schaffen, um der systematischen Diskriminierung ein Ende zu setzen. Die Schweizer NGO humanrights.ch beurteilte am 14. Oktober, dass sich die Situation für Fahrende nicht wesentlich gebessert hat. Darüberhinaus hätten sich die Lebensbedingungen der Fahrenden im Laufe der letzten zwei Jahre durch kantonale und regionale Restriktionen sogar noch verschlimmert.

### *Übergriffe in der Gesellschaft, Diskriminierung und Gewalttaten aufgrund der sexuellen Orientierung und Identität*

Es gab gelegentliche Berichte über Übergriffe in der Gesellschaft oder Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.

Nach dem Gesetz dürfen gleichgeschlechtliche Paare registrierte Partnerschaften eingehen, jedoch keine Kinder adoptieren. Der Europäische Gerichtshof hat das als Verfassungswidrig gemäss der EMRK entschieden.

Homosexuelle Kinder aus Zuwandererfamilien, insbesondere vom Balkan, der Türkei und aus dem Nahen Osten, hatten weiterhin durch ihre Familien teils schwere Repressalien zu erleiden.

Vertreter der LGBT Organisationen äusserten Bedenken, dass die Schweiz kein Anti-Diskriminierungs Gesetz besitzt welches sich explizit auf die sexuelle Orientierung eines Menschen bezieht. Zur besseren Dokumentation und Überwachung von Gewalt gegen Schwule, Lesben und Transgendermenschen forderte die NGO Queeramnesty im Mai die Regierung auf ein offizielles Portal zu erstellen.

### *Andere Fälle von Gewalt oder Diskriminierung in der Gesellschaft*

Es gab vereinzelte Berichte über die Diskriminierung von Personen mit HIV/Aids.

Im Laufe des Berichtsjahres erhielt die Schweizer Aids Hilfe 84 Beschwerden. Die Mehrheit der Beschwerden betraf Diskriminierung am Stellenmarkt und am Arbeitsplatz. Die Schweizer Aidshilfe lancierte im Dezember eine Kampagne um dieser Art von Diskriminierung Einhalt zu gebieten.

## **Abschnitt 7: Rechte von Arbeitnehmern**

### **a. Vereinigungsfreiheit**

Das Gesetz garantiert allen, einschliesslich ausländischen Arbeitnehmern die Freiheit, sich ohne vorgängige Bewilligung oder einschneidende Auflagen zu Gewerkschaften zusammenzuschliessen, und die Arbeitnehmer machten von diesen Rechten Gebrauch.

Es gab keine spezifischen Gesetze gegen gewerkschaftsfeindliche Diskriminierung und Einmischung des Arbeitgebers. Das Gesetz verpflichtet den Arbeitgeber nicht, einem Arbeitnehmer die Wiederbeschäftigung anzubieten, der als in ungerechter Weise entlassen erachtet worden ist.

Das Gesetz erlaubt den Gewerkschaften, ihre Aktivitäten ohne Einmischung durchzuführen, und die Regierung schützte dieses Recht. Das Gesetz garantiert das Recht auf Streik und die Arbeitnehmer haben dieses Recht durch Durchführung legaler Streiks ausgeübt. Jedoch verpflichten kollektive Tarifabschlüsse die Sozialpartner zur Einhaltung des Arbeitsfriedens,

wodurch das Streikrecht für die Dauer der Vereinbarung, in der Regel mehrere Jahre, eingeschränkt wird. Die Regierung kann das Streikrecht der Bundesbeamten einschränken, aber nur aus Gründen der nationalen Sicherheit oder zum Schutz der ausserpolitischen Interessen. In einigen Kantonen und vielen Gemeinden ist den öffentlich Bediensteten ein Streik verboten. Einige Kantone verfügten über eine Ombudsstelle. Mehrmalig wurden Gewerkschaftsangehörige ungerechtfertigt entlassen. Einige Arbeitgeber versuchten auch den Einfluss von Gewerkschaften einzuschränken. Einige Gewerkschaften gaben einen Anstieg in Repressalien gegen ihre Mitglieder an. Ihnen zu Folge wurden auch zwei Gewerkschaftsmitglieder während einer Veranstaltung tätlich angegriffen. Ein Vorfall ereignete sich am 8. Juli als sich mehrere Gewerkschafter an einer Demonstration gegen eine lokal ansässige Firma beteiligten. Die Aktivisten, einschliesslich einer schwangeren Frau wurden von privaten Sicherheitskräften grob angefasst und an der Teilnahme an einer Pressekonferenz zur Schliessung der Firma gehindert.

### **Verbot der Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft**

Das Gesetz verbietet Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft, Kinderarbeit eingeschlossen. Es lagen jedoch Berichte vor, dass diese Praktiken vorkamen. Frauen wurden gehandelt und sexuell ausgebeutet oder zur Haushaltshilfe gezwungen; auch liegen einzelne Berichte über den Handel mit Kindern vor. Frauen, die Opfer des Menschenhandels waren, wurden in die Prostitution gezwungen und waren häufig Opfer physischer und sexueller Gewalt. Sie wurden drogenabhängig gemacht und eingesperrt. Viele Opfer wurden gezwungen, in Salons oder Clubs zu arbeiten. Informationen zum Menschenhandel finden Sie im jährlichen *Trafficking in Persons Report* des US-Aussendepartements unter <http://www.state.gov/j/tip/>

### **c. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Beschäftigung**

Die Regierung setzte die Gesetze und Bestimmungen zum Schutz von Kindern vor Ausbeutung am Arbeitsplatz wirksam um. Allerdings gab es vereinzelte Berichte über Kinderhandel (vgl. Abschnitt 6, Menschenhandel) zum Zwecke der Bettelei und des Diebstahls.

Das Mindestalter für eine vollzeitige Erwerbstätigkeit ist 15 Jahre. Jugendliche von 13 und 14 Jahren können während der Schulzeit 9 Stunden pro Woche leichte Tätigkeiten ausüben und während der restlichen Zeit 15 Stunden pro Woche. Die Beschäftigung von Jugendlichen von 15 und mehr Jahren unterliegt ebenfalls Einschränkungen und die kantonalen Arbeitsinspektorate sorgten für eine strikte Anwendung dieser Bestimmungen. Nacht und Sonntagsarbeit sowie Arbeit unter riskanten oder gefährlichen Bedingungen ist für Jugendliche verboten.

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement überwachte die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Arbeit von Jugendlichen, aber der eigentliche Vollzug ist die Aufgabe der kantonalen Arbeitsinspektorate; amtliche Kontrolleure besichtigten Firmen, um mögliche Verstösse gegen die Vorschriften zu überprüfen.

### **d. Zumutbare Arbeitsbedingungen**

Es gibt keinen gesetzlichen Mindestlohn, was ein tiefes Lohngefüge für ungelernete Arbeitnehmer und qualifiziertes Personal in der Textilindustrie, im Gastgewerbe und Detailhandel zur Folge hatte. Eine Mehrheit der Gesamtarbeitsverträge fixierte jedoch Mindestlöhne zwischen 2'200 und 4'200 Schweizer Franken (2'348 – 4'482 USD) monatlich für ungelernete Arbeitnehmer und zwischen 2'800 und 5'300 Schweizer Franken (2'988 – 5'656 USD) monatlich für qualifiziertes Personal. Diese Löhne ermöglichten einem Arbeitnehmer mit

Familie im Allgemeinen einen angemessenen Lebensstandard. Offiziellen Angaben zufolge lag die Armutsgrenze bei 2'200 Schweizer Franken (2'348 USD) für Alleinstehende, 3'800 Schweizer Franken (4'028 USD) für einen Alleinerziehenden mit bis zu zwei Kindern, und 4'800 Schweizer Franken (5'088 USD) für eine Familie mit zwei Kindern. Die Tarife sowie Lebensunterhaltskosten variierten von Kanton zu Kanton.

Das Gesetz begrenzt die maximale wöchentliche Arbeitszeit auf 45 Stunden für Fabrikarbeiter und Büroangestellte in der Industrie, Dienstleistungsbetrieben und Einzelhandel und auf 50 Stunden für alle anderen Arbeitnehmer. Das Gesetz schreibt eine ununterbrochene Ruhezeit von 35 Stunden sowie einem zusätzlichen halben Tag pro Woche vor. Der Lohn für Überstunden musste mindestens 25 Prozent über dem normalen Stundenansatz liegen und Überzeit ist generell auf zwei Stunden pro Tag begrenzt. Die jährliche Überzeit ist gesetzlich auf 170 Stunden limitiert für Arbeitnehmer mit einer 45-Stunden Woche und auf 140 Stunden für Arbeitnehmer mit einer 50-Stunden Woche. Die Regierung setzte diese Bestimmungen wirksam um.

Das Gesetz enthält umfassende Vorschriften zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und die kantonalen Arbeitsinspektorate setzten die Vorschriften wirksam um. Im Jahr 2010 waren Arbeitsunfälle zu verzeichnen: 205'004 verletzte Männer und 61'835 verletzte Frauen. Statistiken für 2011 waren noch nicht verfügbar.

Es gab keine besonderen Einschränkungen für Ausländische Arbeitskräfte, ausser eine gültige Aufenthaltsbewilligung und eine Arbeitsgenehmigung. Sobald einer Person eine zur Arbeit berechtigende, gültige Aufenthaltsbewilligung ausgestellt wurde, kann diese um eine Arbeitsgenehmigung ansuchen.

Immigranten dürfen in der Schweiz arbeiten und unterstehen den selben arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie andere hier Arbeitende. Während den ersten drei Monaten der Asylantragstellung ist es Asylanten generell untersagt der Erwerbsarbeit nachzugehen. Einige Ausnahmen konnten für selbstständige Arbeit gemacht werden. Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus oder einer gültigen Arbeitsgenehmigung war es untersagt Arbeit anzunehmen.